

Freunden am Wochenende, oder in der Schule darauf drängen, das begonnene Projekt fortzuführen.

Die Schulministerin möchte gemeinsam mit mehreren anderen Ressorts, vor allem mit dem schon erwähnten Kulturstatssekretär, dem Generationenministerium und dem Innovationsministerium, dafür sorgen, dass kulturelle Bildung in allen Schulen eine Selbstverständlichkeit wird. Langfristig wirksame Angebote sollen in Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern sowie Kultureinrichtungen entwickelt werden. Dabei bieten Ganztagschulen und Ganztagsangebote ganz besondere Voraussetzungen; denn Ganztagsangebote und Ganztagschulen sorgen für Verlässlichkeit und Kontinuität, weil die Mittel für dauerhafte Partnerschaften zwischen Schulen und Einrichtungen der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen.

Sosehr viele in diesem Haus – auch ich selbst – bedauert haben, dass die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan im Jahre 2006 nicht über 75 Millionen € hinaus steigen können, so haben wir doch die Prioritäten innerhalb des Kinder- und Jugendförderplans so gesetzt, dass die Mittel für kulturelle Jugendarbeit, deren Wert wir sehr schätzen, erhöht werden.

Ich bin zuversichtlich, dass ein beträchtlicher Anteil der von der Landesregierung zusätzlich für den Ganztags zur Verfügung gestellten Mittel von den Schulen für die kulturelle Bildung genutzt wird.

Kulturelle Bildung braucht aber auch Unterstützung vor Ort. Wir werden die erforderlichen Modelle dazu entwickeln: zum Aufbau von Unterstützungsstrukturen auf kommunaler Ebene, die die Schulen, die Institutionen und Organisationen der kulturellen Bildung und die interessierten Künstlerinnen und Künstler zusammenbringen und für die notwendige Qualifizierung aller Beteiligten sorgen.

Kultur hat in dieser Landesregierung einen stärkeren Stellenwert als in der letzten. Die Mittel für den Kulturretat werden verdoppelt. Auch das gehört zu den Wahlversprechen, die wir Stück für Stück einlösen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laschet.

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/878** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP einschließlich des **Entschließungsantrags**

Drucksache 14/1077 der Fraktion der SPD an den **Kulturausschuss** – federführend – und an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zur Mitberatung. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Kulturausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

8 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/929

erste Lesung

Zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes erteile ich dem Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzt die Landesregierung die notwendige Neuausrichtung der Polizei unseres Landes fort. Das Ziel ist die Stärkung der inneren Sicherheit durch eine effizient eingesetzte Polizei. „Mehr fahnden statt verwalten“ ist unser Motto.

Dazu haben wir in der Koalitionsvereinbarung klare Maßnahmen vereinbart. Diese werden konsequent umgesetzt. Wichtig dabei ist: Wir stärken die Polizei da, wo die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sie brauchen, nämlich vor Ort.

Wir wollen und werden die durch unsere Maßnahmen zu erreichenden Synergien nutzen, um mehr operative Kräfte für den Dienst auf der Straße zu gewinnen. Dabei werden wir den berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Sicherheit gerecht.

Unser Ziel ist es, die Polizei auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und damit fit zu machen für die Zukunft. Wir konzentrieren uns dazu auf drei Bereiche und setzen die Maßnahmen so weit wie möglich parallel um: Wir bauen unnötige Bürokratie ab durch Veränderungen bei der äußeren Organisation der Polizei, durch Binnenmodernisierung der Polizeibehörden und Intensivierung der

klassischen Polizeiarbeit und durch Abbau unnötiger Verwaltungsarbeit.

Veränderungen sind also kein Selbstzweck, sondern dienen der Verbesserung der objektiven Sicherheit und der Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die geerbte desaströse Haushaltslage des Landes ist allen bekannt. Zusätzliche Stellen für die Polizei sind unrealistisch. Es sind noch über 1.200 kw-Vermerke bei der Polizei zu erbringen. Diese sind Folge der Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit durch Rot und Grün in der letzten Legislaturperiode, wobei allerdings das ursprüngliche Stundenkontingent erhalten bleibt. Dieses Faktum sollten auch diejenigen in der Opposition nicht leugnen, die in Presseverlautbarungen so tun, als ob sie mit dieser Entwicklung nichts zu tun hätten.

Wir stellen uns dieser Herausforderung. Wie erreichen wir nun unser Ziel? Zum einen durch Modifizierung bei der äußeren Organisation der Polizei! Im Koalitionsvertrag haben wir – als Teil der Verwaltungsstrukturreform – dazu klar und unmissverständlich vereinbart, die Polizei aus den Bezirksregierungen als Aufsichtsbehörden herauszulösen und verbleibende Aufgaben auf die Polizeibehörden zu verlagern. Dies betrifft die Dezernate 25 und 26 und damit auch die Autobahnpolizei als operativen Teil.

Der Gesetzentwurf sieht in einem ersten Schritt vor, die Autobahnpolizei aus den Bezirksregierungen herauszulösen und an die fünf Polizeipräsidien Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster anzugliedern. Diese nehmen bereits jetzt ein herausgehobenes Aufgabenspektrum wahr. Sie sind zum Beispiel zuständig bei herausragenden Einsatzlagen wie Geiselnahmen und Entführungen.

Dazu verfügen Sie über Spezialeinheiten wie etwa die Spezialeinsatzkommandos, die mobilen Einsatzkommandos, die Verhandlungsgruppen und die ständigen Stäbe. Bei dieser Anbindung bleibt im Übrigen die regionale Verankerung erhalten, so dass der ganz überwiegende Teil der Autobahnpolizisten im Hinblick auf ihren Behördenstandort gar nicht tangiert wird.

Durch die Verlagerung der Autobahnpolizei zu den fünf großen Präsidien werden die erforderliche Zusammenarbeit bei der Einsatzbewältigung und der Kriminalitätsbekämpfung gestärkt, die Verkehrssicherheitsarbeit optimiert und die Personalentwicklung der Beschäftigten deutlich ver-

bessert. Gerade diesem Bereich messe ich besondere Bedeutung bei, da auch die aktuelle Mitarbeiterbefragung bei den Angehörigen der Autobahnpolizei dort besondere Unzufriedenheit und damit dringenden Handlungsbedarf erkennen lässt.

Vergleichbare Überlegungen gelten auch bei der Zusammenführung der Wasserschutzpolizei mit dem PP Duisburg sowie dem PP Mülheim mit dem PP Essen und dem PP Leverkusen mit dem PP Köln. Die hierzu notwendige Änderung der Rechtsverordnung haben wir ebenfalls zum Gegenstand des Gesetzes gemacht. Wir haben ein Gesamtpaket geschnürt.

Die Reduzierung von Overhead-Personal und Verwaltungskapazitäten dient ausschließlich dem Ziel, operative Kräfte für die Kernaufgaben der Polizei zu gewinnen. Das Fachwissen und die Spezialisierung der Kolleginnen und Kollegen sowohl der Autobahnpolizei als auch der Wasserschutzpolizei bleiben dabei unverändert erhalten. Dies gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen in Mülheim und Leverkusen.

Im Klartext: Es wird in diesem Zusammenhang keine Wache geschlossen und kein Streifenwagen oder Streifenboot weniger eingesetzt. Im Gegenteil. Wir wollen Personal für das Kerngeschäft gewinnen. Mehr Polizei auf der Straße, bei der Strafanzeigenbearbeitung und beim Bezirksdienst vor Ort ist das Ziel. Durch diese Maßnahmen erwarten wir Synergien, und zwar mindestens 145 Personalgewinne für den operativen Bereich. Ich betone nochmals: Wir brauchen jede Stelle für die Kernaufgaben unserer Polizei.

Bei der Umsetzung der Vorhaben berücksichtigen wir selbstverständlich anstehende Großereignisse wie die WM 2006. Die Änderungen sollen daher erst zum 1. Januar 2007 in Kraft treten. Damit haben die Behörden genügend Zeit, um die notwendigen organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen zur Umsetzung zu treffen. In der letzten Woche haben wir mit den beteiligten Behörden gesprochen und sie über den aktuellen Stand des Verfahrens informiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir verbessern aber auch die Binnenstruktur der Polizeibehörden. Dazu habe ich im August letzten Jahres alle Behördenleiterinnen und Behördenleiter aufgefordert, mir Vorschläge zur Binnenmodernisierung ihrer Behörde vorzulegen. Diese Vorschläge sind Ende Oktober eingegangen und in einem dialogischen Verfahren mit den Beteiligten fortentwickelt worden. Noch im Dezember habe ich dazu die ersten Entscheidungen getroffen.

Über diese ist der Innenausschuss bereits schriftlich informiert. Ich gehe davon aus, dass ich noch in diesem Monat über weitergehende Vorschläge abschließend entscheiden kann, die dem Polizeihauptpersonalrat zur Anhörung vorlagen.

Dazu gehört auch ein weiterer Modellversuch mit voraussichtlich vier Landratsbehörden. Die Ergebnisse sind bereits sehr erfreulich. Der Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen. Er wird konsequent fortgeführt, um weitere Personalgewinne zu erreichen. Das Ziel dabei ist klar. Ich will die organisatorische Eigenverantwortung der Behörden vor Ort stärken. Diese wissen am besten, wie sie auf die besonderen Herausforderungen zielgerichtet und mit möglichst schonendem Ressourceneinsatz reagieren müssen. Diese Freiheit will ich den Behörden geben, ohne die notwendige behördenübergreifende Zusammenarbeit zu beeinträchtigen. „Leine lassen, ohne die Zügel aus der Hand zu geben“ ist hier mein Motto.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der dritte Reformbaustein ist die Intensivierung der klassischen Polizeiarbeit durch den Abbau von unnötigen Verwaltungsarbeiten bei der Polizei. Wir haben in den jetzt sieben Monaten der Regierungsverantwortung Führung und Steuerung neu ausgerichtet. Dazu wurden unter anderem bereits im Juli die Workshops zur Mitarbeiterbefragung aufgehoben, im September die landesweiten Zielvereinbarungsverfahren abgeschafft und im November die kleinteilige produktbezogene Arbeitszeiterfassung eingestellt. Zudem sind wir dabei, die Kennzahlen im operativen Bereich massiv zu reduzieren. Dadurch können sich die Kollegen der Polizei wieder stärker ihren Kernaufgaben widmen. Sie müssen ihre Arbeitszeit nun nicht mehr minutiös erfassen. Und sie müssen nur noch wenige Kennzahlen erheben.

Mit diesen Maßnahmen in den genannten drei Bereichen haben wir einen Anfang gemacht. Wir erreichen mittelfristig Synergieeffekte beim Personal im vierstelligen Bereich. Damit sind wir in der Lage, die Sicherheit in unserem Lande trotz der Finanzmisere auf hohem Niveau zu gewährleisten.

Sie sehen: Diese Landesregierung handelt entschlossen. Was entscheidungsreif ist, wird schnell entschieden. Alles ist in unser koalitionäres Gesamtkonzept eingebunden.

Meine Damen und Herren von der Opposition, weil Sie unser Konzept nicht wollen, fahren Sie eine Verhinderungsstrategie und wollen alles beim Alten lassen. Das ist mit dieser Koalition der Erneuerung nicht zu machen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen bis zum Ende dieser Legislaturperiode

weniger Bürokratie und schlankere Strukturen. Mit dem bislang Erreichten geben wir uns aber natürlich noch nicht zufrieden. Ich erwarte weitere Synergieeffekte durch freiwillige Kooperationen der Behörden z. B. bei der Fortbildung, bei der Technik und in der Verwaltung. Dazu habe ich die Behörden um weitere Vorschläge gebeten.

Auch im Hinblick auf weitere Organisationsänderungen werde ich konsequent Schritt für Schritt vorgehen. Der Koalitionsvertrag ist dabei weiterhin der Maßstab. Wir sind dabei, die Konzeption für die Verlagerung der bei den Bezirksregierungen verbliebenen Aufgaben parallel zu den Beratungen dieses Gesetzes zu erarbeiten. Das Ganze ist ein auf mehrere Jahre angelegter Veränderungsprozess hin zu einer möglichst effizient aufgestellten Polizei in Nordrhein-Westfalen, hin zu einer Stärkung der Kernaufgaben und zu mehr Bürgernähe.

Dieser Reformprozess wird stringent fortgeführt. Das klare Signal heißt: Nordrhein-Westfalen bewegt und verändert sich, und zwar zum Vorteil seiner Bürgerinnen und Bürger. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister, für die Einbringung des Gesetzentwurfs. – Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Dr. Rudolph das Wort.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Gesetzentwurf heißt es: Die Polizei soll noch effizienter und noch bürgernäher werden. – Wenn man den Gesetzentwurf gelesen und die Rede des Innenministers zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs gehört hat, ist das nichts anderes als eine leere Behauptung.

Wenn wir von den Sprechblasen des Wahlkampfes und diesen Bürokratieabbau-Phrasen wegkommen und genauer hineinschauen, was das heißt, dann fällt schon der erste Widerspruch auf: In Ihrem Gesetzentwurf ist die Rede davon, dass Sie 145 Funktionen mit Ihrer etwas unkoordinierten Operation Bürokratieabbau freisetzen wollen. In Ihrer Einbringung reden Sie von 145 Stellen. Offensichtlich ist das nicht das Gleiche. Deswegen bitte ich Sie um Erläuterung, ob es sich eigentlich um 145 Funktionen handelt, die Sie erreichen wollen, oder um 145 Stellen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Wenn man in die Materie näher einsteigt, stellt man fest, dass, wenn wir über Polizeireform, Neuordnung von Polizeiführung und Polizeiverwaltung sprechen, jenseits der Sprechblasen, die Sie immer benutzen, überhaupt nicht klar ist, wo eigentlich Ihre qualitativen Maßstäbe für diese Neuordnung und Reform liegen. Dazu hätten wir gerne Aussagen. Das macht es uns auch so schwer, mitzudiskutieren. Wir finden keine richtig sachlich strategische Ebene mit Ihnen, weil Sie entweder in den Wolken schweben oder operatives Chaos anrichten.

Das heißt, wenn wir ernsthaft über dieses Thema reden wollen, müssen wir uns verständigen: Wie müssen Qualität und Professionalität der Polizeiarbeit verbessert werden? Wie schafft man Prozesseffizienz? Wie ist die Wirtschaftlichkeit darzustellen? Was ist der Umsetzungsaufwand von bestimmten Aktivitäten, die wir vielleicht auch gemeinsam machen wollen? Gibt es eigentlich eine ausgewogene Leistungsfähigkeit der Polizeibehörden, oder wird die Schere immer größer?

Und was ist mit der Mitarbeiterakzeptanz? Was diese angeht – das haben wir bei den Heiligen Drei Königen und beim Neujahrsempfang der CDU gesehen –: Die Mitarbeiterakzeptanz ist offensichtlich durch Ihre Maßnahmen nicht gesichert. Denn es ist schon ein Rekord an Demonstrationsschnelligkeit von Polizeibeamten. Die haben auch schon gegen uns demonstriert; das wissen Sie. Sie waren ja dabei, an vorderster Stelle, um uns da zu beschimpfen, und mussten fast vom Rednerpult weggedrängt werden.

Es ist schon ein neuer Rekord, dass eine CDU-geführte Landesregierung als Erstes Demonstrationen der Polizisten bekommt. Um Ihnen das aus sozialdemokratischer Sicht zu erläutern: Das wäre so, als würde der Vertrauenskörper der IG Metall in den nordrhein-westfälischen Stahlwerken demonstrieren, wenn eine sozialdemokratisch geführte Regierung gerade mal sechs Monate im Amt ist.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das Problem haben Sie ja nicht!)

– Das muss Ihnen doch einmal zu denken geben, wie das eigentlich kommt. Dann lernen Sie vielleicht auch: Es reicht nicht aus, nur zu reden und zu handeln. Sie müssen auf die Menschen hören. Sie können eine Reform nur dann erfolgreich machen, wenn Sie die Menschen mitnehmen. Bei der Polizei gelingt Ihnen das offensichtlich nicht.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Offensichtlich ist es auch Ihnen nicht gelungen! Sie sind doch gerade abgewählt worden, gerade nach Hause geschickt worden!)

– Sie tun ja gerade alles dafür, dass wir wiederkommen, Herr Kollege Papke. Sie haben mir gezeigt, welche ungeahnten Möglichkeiten ich in der Oppositionsarbeit finde.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben Sorgen!)

Zusammen mit der Polizei gegen eine Landesregierung zu demonstrieren, habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht gemacht. Das ist eine Umstellung für mich.

Sie fangen bei der Polizeireform mit der Autobahnpolizei an. Auch das erscheint mir nicht logisch. Denn wir haben doch gelernt, dass die Autobahnpolizei der spezialisierte Bereich der Polizei ist, der mit dem geringsten Verwaltungsaufwand zu tun hat. Da beginnen Sie. Das ist unlogisch.

Logisch ist – das haben Sie ja ein bisschen offen gedeckt –: Sie beginnen mit dem Herausbrechen der Autobahnpolizei aus den Bezirksregierungen das große Ausschlichten der Regierungspräsidien, das große Ausschlichten der Bezirksregierungen. Wenn Sie die ausschlichten und abschaffen, dann müssen Sie uns auch einmal erklären, wie man mit einem zweistufigen Aufbau Behörden führen will, wenn es davon immer noch über 40 gibt. Auch das ist nicht logisch.

Zur Wasserschutzpolizei sage ich: Es ist registriert worden, dass die mit teuren Steuermitteln renovierte Leitstelle der Wasserschutzpolizei in Duisburg klammheimlich vonseiten der Landesregierung eingeweiht worden ist. Während sonst für jede 10.000 € ein Minister etwas einweiht, haben wir hier registriert: Das war in diesem Fall nicht so. Und das hatte auch seinen guten Grund. Sie hätten bei der Einweihung nämlich gar nicht erklären können, warum Sie eine mit teurem Geld modernisierte Leitwache aufrüsten, die Sie anschließend vielleicht gar nicht mehr brauchen, wenn Sie die Wasserschutzpolizei ins PP Duisburg geben.

Der nächste Punkt – das ist meiner Meinung nach das stärkere Stück – betrifft die Frage, wie man mit der Struktur von Polizeipräsidien umgeht. Da sind wir beim Thema Angliederung von Polizeipräsidien an andere Polizeipräsidien. Ich habe immer gedacht: Organisationspolitik hat vor allen Dingen einem Grundsatz zu folgen. Das Prinzip lautet: von der Aufgabe, die zu bewältigen ist, zur Organisation.

Dieses Prinzip gilt nicht, wenn Sie Leverkusen an Köln hängen oder Mülheim woanders dranhängen, demnächst vielleicht Krefeld oder auch Recklinghausen an Gelsenkirchen beziehungsweise Gelsenkirchen an Recklinghausen. Da gilt nicht das Prinzip „von der Aufgabe zur Organisation“, sondern da gilt das Prinzip „vom Pensionsalter des Polizeipräsidenten zur Organisation“.

(Beifall von der SPD)

Sie machen hier eine Polizeireform nach Gelegenheiten. Die Polizeipräsidenten, die einen älteren Präsidenten oder eine ältere Präsidentin haben, die müssen um ihren Fortbestand bangen. Herr Minister, das ist alles andere als eine qualitativ hoch stehende Verwaltungsreform.

Ich komme zum Schluss. Sie haben Ihre angeblichen Leistungen und das breit dargestellt, was Sie der Polizei zugute kommen lassen wollen: In der Landespolitik gibt es kaum einen Bereich, in denen die Versprechen der Koalitionsparteien so rasch und rücksichtslos gebrochen wurden wie beim Thema innere Sicherheit und Polizei. Das ist wirklich atemberaubend.

(Beifall von der SPD)

Sie haben auf der Demonstration, auf der Sie geredet haben, noch die sozialdemokratische Landesregierung beschimpft – Sie und Herr Rüttgers –, wir würden den Beamten Sonderopfer bei der Kürzung des Weihnachtsgeldes abverlangen. Und was machen Sie? Ein noch größeres Sonderopfer, Sie gehen noch einmal runter! Sie haben das vergessen.

Sie haben versprochen: Bei allem Sparen ist die innere Sicherheit vor der Klammer. Sie räumen jetzt Stück für Stück ein: Bei der Polizei wird gespart, gekürzt und werden Stellen abgebaut. 1,5 % müssen Sie in der Verwaltung erbringen.

Sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie in der Verwaltung Stellen abbauen, werden Sie demnächst Polizeibeamte, die eigentlich fahnden sollen, wieder über Verwaltungsaufgaben sitzen haben, weil Sie das ohne Aufgabenkritik machen. Mit anderen Worten: Sie kehren Ihr Prinzip „Fahnden statt Verwalten“ um, weil Sie als schwacher Innenminister zugelassen haben, dass Sie auch mit 1,5 % Stellenkürzungen betroffen sind.

Deswegen – damit komme ich zum Schluss – wird Ihrer Regierung in diesem Politikbereich der Spruch anhängen: Die Regierung Rüttgers sagt gerade in punkto innere Sicherheit und Polizei nicht, was sie tut, und sie tut nicht, was sie sagt. Manchmal glaube ich, Sie wissen nicht, was Sie

tun, und Sie sagen nicht, was Sie machen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Lohn, CDU-Fraktion, das Wort.

Werner Lohn (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich direkt das letzte Wort von Herrn Dr. Rudolph aufgreifen. Sie haben gesagt, die neue Regierung tut nicht, was sie sagt. Sie haben in Ihrer Regierungszeit viel gesagt, aber nichts getan. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Das Thema Polizeireform wird seit Jahren diskutiert. Es wird überwiegend kontrovers diskutiert – und das nicht nur hier im Landtag. Umgesetzt wurde in der letzten und in der vorausgegangenen Legislaturperiode relativ wenig

(Minister Dr. Ingo Wolf: Nichts!)

bis gar nichts. Heute bringt die neue Landesregierung einen Gesetzentwurf ein, mit dem erstmals konkrete Schritte zur Verbesserung und Verschlinkung der Polizeibehördenstruktur umgesetzt werden sollen. Das unterscheidet die heutige Aussprache ganz wesentlich von den vielen Aussprachen der Vergangenheit, in denen es bloß um Diskussionen ging, aber nicht um Taten.

Der Innenminister a. D., Herr Dr. Behrens, hat noch vor einem Jahr – genau am 26. Januar – unter der Überschrift „Wort gehalten“ betont, dass er es nicht geschafft hat oder nicht gewollt habe, in der alten Wahlperiode einen Vorschlag zur Änderung der Polizeistrukturen vorzulegen. Was das mit „Wort gehalten“ zu tun hat, verstehe ich bis heute nicht. Obwohl landauf, landab bekannt ist und war, dass nach den verkorksten Reformen der 90er-Jahre dringender Handlungsbedarf im Bereich der Polizei besteht, ist keine einzige Reformdiskussion der alten Regierung in die Nähe der Umsetzung gelangt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir machen es halt gründlich!)

– Übrig geblieben aus Ihrer Regierungszeit, Frau Düker – da haben Sie auch mitgewirkt – ist der Bericht der Scheu-Kommission.

(Monika Düker [GRÜNE]: Gründlich vor schnell!)

Dieser Bericht der Scheu-Kommission enthält wichtige Fakten zur richtigen Beurteilung der La-

ge; das ist unumstritten. Es ist bekannt, dass er die Forderung nach 16 Großpräsidien enthält. Weniger bekannt ist, was bisher auch weniger in der öffentlichen Diskussion berücksichtigt wurde, eine Aussage, die Scheu zum Ende der rot-grünen Regierungszeit formuliert hat. Er schreibt:

Die Realisierung umfassender Reformen ist nicht gelungen und weit hinter den Reformabsichten der 90er-Jahre zurückgeblieben.

Das ist das Fazit von Scheu bezüglich Ihrer Reformtätigkeit.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das war alles auf den Weg gebracht!)

Ich finde, das ist von ziemlich neutraler Stelle ein wahrlich vernichtendes Urteil zu rot-grüner Reformpolitik im Bereich der Polizei.

(Ralf Jäger [SPD]: Was machen Sie denn jetzt? Jetzt fangen Sie mal an! – Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Das war gestern, jetzt ist heute!)

Die neue Landesregierung aus CDU und FDP – das konnten Sie eben schon den Ausführungen des Ministers entnehmen – setzt das Motto „Mehr fahnden statt verwalten“ tatkräftig um – und das nicht erst nach fünf oder zehn Jahren, sondern nach gut einem halben Jahr.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch nur eine Überschrift!)

– Warten Sie ab. Sie bekommen gleich noch Gelegenheit, Frau Düker. – Der Reformstillstand von Rot-Grün – ich erinnere mich an die Worte von Dr. Rudolph am 13. Juli, als er hier die Befürchtung äußerte, bei der Polizei würde der Reformstillstand von Rot-Grün fortgeführt – ist durch die neue Regierung in kürzester Zeit beendet worden.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Da haben Sie mich bestimmt missverstanden!)

Dadurch, dass die neue Regierung jetzt diesen Gesetzentwurf vorlegt, werden zügig und zusätzlich die ersten 145 Stellen für den bürgernahen Einsatz der Polizei auf der Straße und in den Kommissariaten freigesetzt. Diese Stellen sind dringend nötig, denn erinnern Sie sich: Durch den Personalabbau der Vorgängerregierung – allein von 1998 bis heute gut 3.000 Stellen – und viel zu geringe Einstellungszahlen ist die Personaldecke im operativen Dienst der Polizei beängstigend dünn geworden. Teilweise mussten sogar die Mindeststärken in den Dienststellen herabgesetzt werden. Im Gegenzug wurden Führungs- und

Verwaltungsbereiche gleichzeitig unverhältnismäßig aufgebläht.

Kommen wir zu den Realitäten, Sie fordern es: Gern hätten wir das durch Erhöhung der Einstellungszahlen geändert, doch Ihre Hinterlassenschaft von 110 Milliarden € Schulden und 5 Milliarden € Zinszahlungen jedes Jahr nimmt uns jeden Handlungsspielraum. Die nötigen Einstellungen bei der Polizei können mangels Masse, mangels Geldes, leider Gottes nicht vorgenommen werden. Dafür sind in erster Linie Sie verantwortlich.

Darüber hinaus kritisieren Sie den Personalabbau bei der Polizei; 1,5 % der Stellen im Bereich der Verwaltung sollen abgebaut werden. Da müssten wir eigentlich einer Meinung sein, denn die Verwaltungstätigkeit der Polizei kann gefahrlos reduziert werden. Wichtig ist, dass der operative Bereich gestärkt wird.

Aber Sie vergessen, dass wir 1.400 kw-Stellen von Ihnen übernommen haben. Sie, die alte Landesregierung, war es, die beschlossen hat, im Jahr 2006 1.400 Stellen bei der Polizei zu streichen. Leider sehen wir keine Möglichkeit, von diesen eingerechneten Stellenstreichungen Abstand zu nehmen, weil der Handlungsspielraum – wie gesagt – fehlt. Wenn wir trotzdem den bürgernahen Dienst der Polizei stärken wollen – Sie können sicher sein, das werden CDU und FDP schaffen –, dann geht das nur mit Synergieeffekten, die durch Organisationsänderungen herbeigeführt werden müssen. Genau das wird jetzt vorgeschlagen.

Immer dann, wenn es konkret wird – ich finde, der Vorschlag ist sehr konkret, der Minister hat die Inhalte dargestellt, es geht im Wesentlichen um die Angliederung von zwei kleineren Präsidien an größere Nachbarbehörden, die Angliederung des Wasserschutzpolizeipräsidiums an Duisburg und die Herauslösung der Polizeiautobahnabteilungen aus den Bezirksregierungen –, ist es ganz normal, dass die Vorschläge und Absichten so konkret und sichtbar werden, dass sich die Betroffenen zu Wort melden. Das ist normal, und das ist auch gut so.

Deswegen werden wir als neue Regierungsfractionen und auch wir als CDU-Fraktion im Gesetzgebungsverfahren und auch bei der Umsetzung ab dem 1. Januar 2007 darauf achten, dass erstens Spezialisierungen, zweitens die Professionalität und drittens die Bürgernähe der betroffenen Polizeibereiche nicht nur nicht geschwächt, sondern möglichst noch gesteigert werden.

Dass Sie, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Opposition, heute dagegen protestieren, gehört anscheinend zum Ritual. Eigentlich müssten Sie, genauso wie wir als CDU, diesen notwendigen Reformen grundsätzlich zustimmen können. Denn – wenn Sie sich an Scheu erinnern – einiges von dem wurde in ähnlicher Form auch von Scheu vorgeschlagen, was von Ihnen vehement verteidigt und vorgetragen wurde.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich den Bogen etwas weiter spannen. Organisationsänderungen sind – egal in welcher Verwaltung – nie leicht. Bei der Polizei fallen sie besonders schwer, auch was die Mitarbeiterakzeptanz angeht, weil die Polizei bis heute unter Ihren Reformversuchen und -vorhaben leidet.

(Ralf Jäger [SPD]: An den demonstrierenden Polizisten sind wir schuld?!)

– Das können Sie dann machen, wenn Sie wollen, Herr Jäger.

Vielleicht noch ein Bonbon für Herrn Dr. Rudolph, von dem ich weiß, dass er Historiker ist. Mit der Frage von Organisationsänderungen hat man sich auch schon früher beschäftigt. Ich darf zitieren:

„Wir übten mit aller Macht, aber immer, wenn wir begannen, zusammengeschweißt zu werden, wurden wir umorganisiert. Ich habe später gelernt, dass wir oft versuchten, neuen Verhältnissen durch Umorganisation zu begegnen. Das ist eine phantastische Methode. Sie erzeugt die Illusion des Fortschritts, wobei sie gleichzeitig Verwirrung schafft, die Effektivität vermindert und demoralisierend wirkt.“

Das hat Gajus Petronius, ein römischer Offizier aus Köln, circa 100 nach Christus gesagt. Dieses Zitat, Herr Dr. Rudolph – das können Sie nicht wissen –, wurde nach den missratenen Organisationen der 90er-Jahre in den Rundlauf der Polizei Nordrhein-Westfalens gegeben.

Ich fordere Sie alle auf: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir diesen alten römischen Offizier Lügen strafen und eine Reform der Polizei auf den Weg bringen, die zum Wohle der Bürger, zum Wohle der Mitarbeiter und zum Wohl des ganzen Landes ist. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Fraktion der Grünen hat Frau Abgeordnete Düker das Wort. Bitte schön.

Monika Düker³⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lohn, zu Ihrem Zitat am Schluss: Ich glaube, Herr Dr. Rudolph ist eher Spezialist in neuerer Geschichte und nicht so sehr in alter Geschichte. – Wie wir alle wissen, ächzte das Römische Reich besonders unter der Last des Beamtenapparats. Vielleicht hätten wir heute noch ein Römisches Reich, wenn die das damals auf die Reihe gekriegt hätten, ihre aufgeblähte Bürokratie und ihren Beamtenapparat zu reformieren. Viele Historiker sagen, das ist auch ein Grund für den Untergang des Römischen Reiches.

Genau das hatten wir vor, Herr Lohn, und genau das machen Sie nicht. Denn wenn Sie sagen, bei uns gab es einen Reformstau, den Sie auflösen, haben Sie irgendwie eine Fehlwahrnehmung. Wir haben Reformen eingeleitet. Wir haben in der letzten Legislaturperiode hier in diesem Landtag mit Zustimmung von FDP, SPD und Grünen die Landesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf, an klaren Eckpunkten orientiert, in den Landtag einzubringen. Während der letzten Legislaturperiode hat diese Landesregierung, hat das Innenministerium angefangen zu arbeiten, um diese Reform auf den Weg zu bringen, die Sie jetzt als Erstes gestoppt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben also nicht den Reformstau aufgelöst, sondern das Gesamtkonzept, was wir vorhatten, erst einmal gestoppt. Um die ersten 222 Tage des Innenministers zu beschreiben, ist eigentlich nur die Überschrift sinnvoll „Chaos statt Konzept, Flickschusterei statt Gesamtreform“. Der nun vorliegende Gesetzentwurf dokumentiert doch nur die Hilflosigkeit dieser Regierung, gegen die Interessen der CDU, gegen die Interessen der Landräte ein vernünftiges Gesamtkonzept für die Polizei auf den Tisch zu legen. Das ist die Dokumentation der Hilflosigkeit, Herr Minister, zum Schaden für unsere innere Sicherheit.

Schauen wir uns die einzelnen Bereiche an, die Sie sich vorgenommen haben!

Bezirksregierungsebene: Richtig, wir haben damals gesagt, bei einer Gesamtreform können wir von einer Dreiteilung bei den Polizeistrukturen zu einer Zweiteilung kommen, und die Ebene der Bezirksregierung kann für die Polizei wegfallen – unter der Voraussetzung ausreichend großer, leistungsstarker Behörden auf der unteren Ebene.

Da dürfen Sie nicht ran, weil die Landräte Ihnen das verboten haben; da gilt so eine Art Artenschutzabkommen mit der CDU, sodass Sie jetzt sagen: Na ja, die Bezirksregierung ist ja staatlich;

wir schreiben in den Koalitionsvertrag, die kann wegfallen; das finden wir richtig.

Was tun Sie aber jetzt? Sie gliedern aus den Bezirksregierungen nur die Autobahnpolizei aus. Was ist mit den Dezernaten 25 und 26? Warum verlagern Sie diese nicht? Sie tun es nicht, weil Sie es nicht können. Ihre Fachleute im Haus sagen Ihnen, dass die Führungsspanne viel zu groß ist, um diese Aufgaben ins Innenministerium zu verlagern. Das heißt, wir haben ein bisschen Bezirksregierung weniger. Die Autobahnpolizei wird ausgegliedert. Theoretisch sehe ich das genauso, dass die Autobahnpolizei nicht zwangsläufig zur Bezirksregierung gehören muss.

Wenn wir aber wirklich schlankere, effizientere Strukturen wollen, müssen wir für die gesamte Bezirksregierungsebene überlegen, wie wir von der Drei- zu einer Zweiteilung kommen. Jetzt machen Sie irgendwie Halbe-Halbe, und ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wo da die Synergieeffekte sein sollen. Denn gerade der Anteil der Innendienststellen ist bei der Autobahnpolizei nachgewiesenermaßen – für Köln habe ich eine Berechnung vorliegen: 9,4 % – im Vergleich zu anderen Kreispolizeibehörden gering.

Warum nehmen Sie sich nicht die Bereiche vor, in denen wirklich die Synergieeffekte stecken, in denen der Overhead am größten ist? In den Landratsbehörden geht der Anteil zum Teil bis 25 % hoch. Da liegen die Synergieeffekte und nicht in dem Bereich, den Sie sich vornehmen. Sie gehen den Weg des geringsten Widerstands und nicht den Weg des Konzepts.

Nehmen wir uns den nächsten Bereich vor: das Thema „große und kleine Behörden“. In Ihrer Presseerklärung vom 13. Dezember sagen Sie richtigerweise: „Eine größere Polizeibehörde könne zudem ihre Aufgaben mit eigenen Kräften besser und schneller bewältigen als eine kleine.“

Richtig, aber warum tun Sie es dann nicht? Warum schaffen Sie diese leistungsfähigen Behörden nicht? Sie nehmen sich Köln vor – die größte Behörde im Land. Köln hat 1 Million Einwohner, und die Behörde hat 3.500 Beschäftigte. Dann packen Sie auf die größte Behörde, die wir haben, noch eine drauf. Ein paar Kilometer entfernt ist Olpe mit weniger als 200 Mitarbeitern für 140.000 Einwohner zuständig, wo gar nichts passiert. Was sind es denn nun: große oder kleine Behörden?

Der Widerspruch wurde auch offenkundig, als der Ministerpräsident – ich war sehr erstaunt, dass er dort war – beim Bundeskongress des Beamtensyndikats in Köln in seiner Rede zu den beabsichtigten Strukturveränderungen in der Verwaltung sag-

te: Bei der Polizei setzen wir auf Bürgernähe. Das heißt, wir brauchen kleine Behörden, denn diese stehen für Bürgernähe. – Das sagte der Ministerpräsident.

Also, wollen Sie kleine oder große Behörden, Herr Wolf? – Beides geht nun einmal nicht. Wenn das eine gelten soll, dann müssen Sie sich durchsetzen. Offensichtlich gibt es dazu auch innerhalb der Regierung völlig unterschiedliche Ansätze.

Ich frage mich, Herr Minister, was als Nächstes kommt. Was diese Reform der kleinen Schritte, diese Salamtaktik – hier noch ein bisschen, da noch ein bisschen – auslöst, ist doch eigentlich nur eine große Verunsicherung im Land. Ich glaube, noch keine Landesregierung hat innerhalb so kurzer Zeit so viel Verunsicherung – diese spüre ich in vielen Gesprächen – und solch eine Desorientierung bei den Polizeibeamtinnen und -beamten verursacht. Keine Regierung zuvor hat diese Struktur so durcheinander gebracht und so verunsichert, wie Sie es in diesen 200 Tagen geschafft haben.

Hinzu kommt Ihre etwas konzeptlose Herangehensweise, was die Binnenstruktur angeht. Wir bekommen eine Information in den Innenausschuss: Der Minister hat – man höre und staune – fünf neue Modellbehörden gefunden; Sie haben es in Ihrer Rede auch angeführt. – Diese sollen ähnlich wie die schon bestehenden Modellbehörden Aachen und Köln neue Binnenstrukturen ausprobieren.

Wozu haben wir das mit den beiden Behörden gemacht? – Wir haben uns Aachen wegen des dazugehörigen kreisangehörigen Raums und Köln als klassische Großstadtbehörde ausgesucht, um neue Binnenstrukturmodelle zu erproben. Warum werten wir das nicht aus und sagen, was gut beziehungsweise schlecht war? Dann könnte man diese Binnenstruktur auf alle Behörden übertragen.

Nein, Sie schaffen parallel dazu fünf neue Modellbehörden. Sie machen überall ein bisschen und hier und da noch ein Modell. So entsteht in der Polizei ein Flickenteppich von unterschiedlichsten Behörden, die unterschiedlichste Aufgaben, unterschiedlichste Strukturen und unterschiedlichste Größen haben. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir in der Polizei brauchen, nämlich möglichst gleich große Organisationseinheiten mit gleichem Aufgabenzuschnitt, die dann synergetisch arbeiten können.

Wir werden auf jeden Fall auf eine Anhörung drängen, um genau diese Fragen differenziert zu lösen. Ich kann für meine Fraktion sagen, dass wir

diese Politik der Flickschusterei nicht mitmachen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Engel, FDP-Fraktion, das Wort.

Horst Engel^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal an die Vertreter der Opposition wenden. Herr Dr. Rudolph, Frau Düker, kann es sein, dass Sie den Hintergrund, vor dem wir hier heute diskutieren und das Polizeiorganisationsgesetz ändern wollen, völlig aus den Augen verloren haben? Kann das sein?

Wir haben im Jahr 2002 bei steigender Kriminalitätsrate – wir haben 20 Jahre betrachtet – mit 1.533.000 Straftaten den Höchststand verzeichnet; das haben wir hier diskutiert. Dann haben wir uns gefragt, woran das liegen kann. Bei der Analyse sind wir auf Ihre Reform von 1993/1994 gestoßen. Sie haben da 56 Behörden gemacht – 29 Landräte, 21 Polizeipräsidenten plus Einrichtungen.

Dann haben Sie noch einen draufgesetzt. Denn Sie haben neben diesen Behörden auch noch 183 Polizeiinspektionen geschaffen, quasi als verkleinertes Abbild dieser 56 Behörden. Wir würden sie heute als Spiegelreferate wie in der Staatskanzlei bezeichnen.

Jede einzelne Behörde hatte eine eigene Abteilung Verwaltung, und diese 183 PIs hatten ebenfalls einen kleinen Anteil an der Verwaltungs- und Führungsbürokratie.

(Ralf Jäger [SPD]: Waren die auch im ländlichen Raum?)

– Das war auch im ländlichen Raum so. Heute haben wir rund 120 PIs, und es werden täglich weniger, weil man ohne Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes schon erkannt hat, dass das so nicht geht.

(Ralf Jäger [SPD]: Was machen Sie jetzt?)

Als wir diesen Plenarantrag im Oktober 2003 hier beraten haben, hatte ich den Eindruck, dass bei Ihnen der Grundsatz „Mehr verwalten, weniger fahnden“ galt. Genau das drehen wir um.

(Ralf Jäger [SPD]: Deshalb haben Sie auch zugestimmt!)

Wir haben Sie hier plenar aufgefordert, als Sie die Instrumente der Macht in der Hand hatten: Ma-

chen Sie aus dem Konzept unseres Plenarantrages – man muss die Reihenfolge beachten – eine Initiative! – Ihre Antwort war: Wir richten eine Kommission ein.

Danach hatten wir eine Landtagswahl. Ich sage es Ihnen: Auch wegen der hohen Kriminalitäts- und schlechten Aufklärungsquoten und Ihrer Reaktion, erst eine Kommission einrichten zu wollen, sind Sie abgewählt worden.

(Ralf Jäger [SPD]: Ach so!)

Ein weiterer Wegpunkt, der die Polizeiorganisation an der Stelle markiert, ist der Koalitionsvertrag. Schauen Sie hinein! Schauen Sie in unseren Plenarantrag von 2003, Herr Dr. Rudolph und Frau Düker. Da sind die Antworten enthalten. Da steht, was wir machen. Wir kommen zu einer aufgabenorientierten Aufstellung – das zu Ihrer Frage, Herr Rudolph, nach dem Organisationskonzept.

Wir werden weniger Behörden haben. Wir haben Ihnen doch vorgeworfen, dass dieses Land mehr Kreispolizeibehörden als alle 15 Bundesländer insgesamt hat, und das vor dem Hintergrund einer Kriminalitätsrate asymmetrischer Bedrohung, internationaler Kriminalität usw.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Engel, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker zu?

Horst Engel^{*)} (FDP): Bitte.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege Engel, Sie haben eben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir zurzeit mehr Kreispolizeibehörden als alle anderen Bundesländer zusammen haben. Ist Ihnen bewusst, dass Sie mit diesem Polizeiorganisationsgesetz – falls Sie es so umsetzen – immer noch mehr Kreisbehörden in Nordrhein-Westfalen als alle anderen Bundesländer zusammen haben? Haben Sie einmal nachgezählt?

Horst Engel^{*)} (FDP): Das ist völlig richtig. Es gibt in Nordrhein-Westfalen immer noch mehr Kreispolizeibehörden als in allen anderen 15 Bundesländern zusammen. Herr Dr. Wolf hat aber klar gesagt, dass das ein Organisationsprozess über mehrere Jahre ist. Das kann man nicht von jetzt auf gleich ändern. Sie waren 39 Jahre lang in der Regierung und haben in den Jahren 1993 und 1994 genau diese Organisation gemacht, die 2.000 Mann auf die Straße bringen sollte, was Sie jedoch nicht geschafft haben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Natürlich haben wir das geschafft!)

Sie hatten auch nicht die Kraft, die Vorschläge der Scheu-Kommission umzusetzen. Wir haben am 11. Januar 2005 im Plenum darüber diskutiert. In dieser Debatte haben wir genau diese Argumente geliefert, leider vergeblich. Jetzt setzen wir das um. Diese Regierung gibt nun Gas.

Es handelt sich, Herr Dr. Rudolph, überhaupt nicht um das Ausschlichten einer Bezirksregierung. Die Autobahnpolizei als operativer Teil hat in einer Aufsichtsbehörde, in einer Mittelinstanz nichts zu suchen. Man kann das anders machen, aber von der reinen Organisationslehre her nicht. Dort wird jetzt eine Veränderung stattfinden. Da lagen wir auch gar nicht auseinander.

Ihre Frage nach den Dezernaten 25 und 26, die aufgelöst werden sollen, wird auch völlig klar beantwortet. Diese Regierung ist – Frau Düker hat nachgezählt – 222 Tage im Amt. Das ist ein Riesentempo!

Was die Demonstrationen angeht – die GdP, DPoIG und BdK haben an verschiedenen Tagen demonstriert –, sollten Sie nicht die Ursache überhören. Die Ursache hatte nichts mit den Organisationsveränderungen zu tun. Diesbezüglich wird uns gesagt, dass sie zwar an der einen oder anderen Stelle eine andere Auffassung haben, aber sie gehen mit. Die Ursache ist etwas anderes gewesen,

(Zuruf von der SPD: Konzeptlosigkeit!)

nämlich das Weihnachtsgeld. Wir haben versucht, den Innenminister mit diesen Organisationsveränderungen so stark aufzustellen, damit wir die Stellenäquivalente aus dem Haushalt des Innenministeriums bringen können, um den anderen Teil zu erhalten. Das war unser Ziel. Nun gibt es jedoch eine Koalitionsregierung, was bedeutet, dass man sich im Kabinett zusammenraufen muss. Das wissen Sie viel besser als wir; Sie haben ja viel mehr Erfahrung. Da kann man das Wünschbare nicht immer realisieren. Es kommt also nur das Machbare heraus. Das ist der erste Schritt. Die Wasserschutzpolizei und die Polizeipräsidien Leverkusen und Mülheim gehören dazu.

Auch das ist für Leverkusen keine totale Neuigkeit. Die Scheu-Kommission hatte dort ein bergisches Präsidium vorgesehen, was sicherlich Charme hätte. Mülheim wurde von allen als Direktion in Essen gesehen. Auch da gibt es also keine große Aufgeregtheit. Wir fangen jetzt mit der Autobahn an, wir machen das mit den Polizeipräsidien Leverkusen und Mülheim und dann kommen die nächsten Schritte.

Ich lade Sie ein, Frau Düker, sich mit uns an die Spitze einer Bewegung zu setzen, die aus dem Satz – es wird gesagt, dieser Spruch oder Slogan sei nur warme Luft – „Mehr fahnden, weniger verwalten“ Realität macht. Das muss es sein. Das können Sie auf alle anderen Politikfelder, für die das Land verantwortlich ist, übertragen, zum Beispiel „Weniger Verwaltung, mehr Forschung“. Wir sind überreguliert. Wir haben 3.000 Stellen ausgerechnet. Die Scheu-Kommission hat 2.100 Stellen plus 300 Stellen in der Verwaltung ausgerechnet. Wenn Sie das mit den Vollkosten, weil dieser Apparat technisch so ausgestattet sein muss, in Höhe von 80.000 € multiplizieren, dann reden wir, wenn wir von 3.000 Stellen ausgehen, von fast einer halben Milliarden Euro für Polizeiverwaltung. Das kann sich kein Mensch erlauben. Dieses Geld gehört zu einem sehr großen Teil in den operativen Bereich. Da müssen das Geld und die Stellen ankommen. Das müssen auch Beamtinnen und Beamte sein. Dann werden wir in der Lage sein, die Kriminalitätsbekämpfung in den Griff zu bekommen und bessere Aufklärungsquoten zu erreichen. Das ist das Motiv. Die Gründe dafür habe ich genannt. Ich freue mich auf die Diskussion bei der Expertenanhörung und im Fachausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich möchte einige Antworten geben, aber zunächst eines klarstellen: Wenn sich zehn Jahre lang in einer rot-grünen Landesregierung nichts getan hat und wir schaffen es innerhalb von wenigen Monaten, etwas vorzulegen, was die Reform voranbringt, dann kann sich das sicherlich sehen lassen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Der Bürokratieabbau, der von Herrn Rudolph nachgefragt wurde, liegt, von semantischen Übungen abgesehen, in – so habe ich es formuliert – Personalgewinnen für den operativen Bereich. Dahinter stehen Menschen, Stellen. Das heißt, es geht konkret darum, dass jemand, der bisher stärker im bürokratischen Bereich eingesetzt wird, für die Arbeit in Ermittlungskommissariaten, im Wach- und Wechseldienst oder in Bezirksdiensten freigesetzt wird. Da braucht man nichts zu filibustern.

Was die Bürokratie angeht, Frau Kollegin Düker, habe ich gemerkt, dass es ein diametral unterschiedliches Verständnis von Freiheit gibt. Wir geben mehr Freiheit für Organisationen. Genau

das ist die Botschaft, über die wir heute – ich habe das noch gut im Ohr – auch bei dem Thema Schule diskutiert haben. Wir diskutieren dieses Thema auch bei dem Thema Hochschulen. Ich finde, dass wir bei der Frage der Organisation den unmittelbar Beteiligten viel mehr zutrauen müssen. Wichtig ist – das habe ich in meiner Rede auch gesagt; möglicherweise haben Sie das nicht gehört –, dass die Vergleichbarkeit der Behörden selbstverständlich gewahrt bleiben muss. Das bedeutet jedoch nicht, dass alle den gleichen Aufbau haben müssen. Es funktioniert trotzdem. Es war noch nie alles gleich. Eine kleine Landratsbehörde hatte eine Inspektion und eine Großstadtbehörde hat sehr viele Inspektionen. Das hat es immer schon gegeben. Deswegen liegt darin kein großer Neuigkeitswert.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, die vereinbarte Redezeit der Landesregierung ist zu Ende.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich werde, mit Ihrem Einverständnis, Herr Präsident, noch einige Fragen beantworten.

Herr Rudolph, wenn ich hier großes Wortgeklingel aufgesetzt hätte, Prozesseffizienz, Wirtschaftlichkeit, Umsetzungsaufwand, dann hätten Sie sicherlich einen anderen Kritikpunkt gefunden. Es ist doch völlig klar, dass das, was wir machen – das habe ich deutlich gesagt –, kein Selbstzweck ist, sondern genau den Zielen dient, die Sie beschrieben haben. Wir wollen die Polizei effizienter aufstellen.

Dass dabei die Mitarbeiterakzeptanz unterschiedlich ausgeprägt ist, das ist auch klar. Deswegen ist es unsere gemeinsame Aufgabe, deutlich zu machen, dass von diesen Reformanstrengungen, die wir jetzt unternehmen, in aller Regel nur ein relativ kleiner Teil betroffen sein wird, während der Großteil der Kolleginnen und Kollegen in der Polizei weiter dort eingesetzt ist, wo er auch vorher gewesen ist. Von daher sollten wir gemeinsam daran arbeiten, dass sich das auch entsprechend deutlich übersetzt.

Hier ist ferner die Diskussion über die Autobahnpolizei aufgekommen. Es ist doch völlig klar, dass das ein erster Schritt ist. Ich habe ja deutlich gesagt, dass wir parallel daran arbeiten, auch die restlichen Aufgaben – Dezernat 25 und 26 – aus der Bezirksregierung herauszulösen. Nur ist es doch wie folgt – das ist von meinen Vorrednern von FDP und CDU gerade auch sehr klar gesagt worden –: Der schnelle Schritt ist bei der operati-

ven Einheit möglich. Darum gehen wir auch diesen schnellen Schritt.

Die weiteren Fragen, die angerissen worden sind, beziehen sich auf die übrigen Präsidien. Frau Düker, „Großbehörde“ ist immer relativ. Ich lade Sie gerne ein, sich einmal die Mitarbeiterzahlen in Frankfurt, Stuttgart, Berlin und Hamburg anzuschauen. Dann werden Sie sehen, dass es in Köln gar kein Problem gibt, was die Größe der jetzigen Behörde anbetrifft – und auch nicht mit dem, was aufgrund des Personalzuwachses dabei herauskommen soll.

Sehr verwunderlich ist allerdings – das hat Herr Kollege Engel ja schon dargestellt –, dass ein Einstieg in die Verringerung der Anzahl der Behörden bei Ihnen jetzt schon als Menetekel an die Wand geschrieben wird. Wenn man einen ganz anderen, radikalen Ansatz hatte, kann man normalerweise eigentlich doch nur begrüßen, dass sich etwas bewegt. Sie hatten doch bis zum Mai letzten Jahres hinreichend Zeit. Sie haben sich über Jahre hinweg um die aus Ihrer Sicht notwendigen Reformen herumgedrückt. Sie hätten sie ja beschließen können.

Das Gleiche gilt auch – da will ich gar nicht ausweichen, Frau Düker – bei der Frage der Landräte als Kreispolizeibehörden. Wenn Ihnen das alles immer zehn Jahre lang ein solcher Dorn im Auge war: Warum, um Himmels willen, haben Sie nichts geändert?

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich war nur fünf Jahre hier!)

– Sie sind als Vertreterin dieser Partei im Parlament – genauso, wie Sie das bei uns machen – immer dafür zuständig, was in den letzten Jahren Ihrer Regierungszeit geschehen ist.

An dieser Stelle kann ich nur sagen: Wir haben einen Koalitionsvertrag, der strikt eingehalten wird. Er besagt – Frau Düker, wenn Sie mir freundlicherweise Ihr Ohr leihen –,

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich schreibe sogar mit!)

dass es einen erkennbaren Unterschied gibt – das wird aus der Vereinbarung deutlich – zwischen der Polizei in einer Großstadtsituation und der Polizei im ländlichen Raum, wo das Thema Fläche selbstverständlich in ganz anderer Weise eine Rolle spielt. Insofern ist natürlich auch vereinbart worden, dass die dortige Personalunion der Landräte als gleichzeitiger Chef der Kreispolizeibehörde so beibehalten werden soll. Es ist eben so: Nachdem eine Wahl stattgefunden hat, finden

sich zwei Parteien zusammen und verabreden etwas. Dann halten sie das einfach ein.

(Ralf Jäger [SPD]: Ob es Sinn macht oder nicht!)

So einfach ist das – genauso, wie wir es vorhin an anderer Stelle hatten.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, Sie haben die Redezeit jetzt um fünf Minuten überzogen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie langsam zum Schluss kommen könnten.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich beabsichtige, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, noch länger zu sprechen, wenn ich das darf, Herr Präsident. Die Fragen waren ja so zahlreich, und ich möchte meiner Informationspflicht auch nachkommen.

Es ist auch von den Stellenkürzungen gesprochen worden. Frau Düker, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Informationen aus Ihrer Pressemitteilung nicht noch einmal verarbeitet haben. Es ist doch völlig klar, dass der Großteil dieser Stellenkürzungen auf Arbeitszeitverlängerung beruht. Das ist von Ihnen beschlossen; das ist von Ihnen zu verantworten.

Wir haben – auch da will ich nicht ausweichen, Herr Rudolph, wenn Sie den Diskurs mit mir wünschen; sonst kann ich es auch abkürzen ...

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben vorhin die ganze Zeit Akten gelesen, Herr Minister!)

– Ich höre alles und rede nicht dazwischen. Das ist der Unterschied. Sie haben gerade miteinander gesprochen, Frau Kraft.

(Ralf Jäger [SPD]: Und wenn wir hier Skat spielen! Das geht Sie gar nichts an! – Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Na, na, na! Schauen Sie einmal in die Geschäftsordnung!)

– Mein Lieber, Sie können von mir aus Skat spielen, soviel Sie wollen. Wenn ich Herrn Rudolph bitte, meine Antwort entgegenzunehmen, dann wäre ich sehr dankbar, wenn er mir zuhörte. Wenn Sie sich dazu entschließen, mir nicht zuzuhören, kann ich meine Ausführungen natürlich auch abkürzen. Dazu bin ich sehr gerne bereit.

(Demonstrativer Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt hören Sie ja wieder zu. – Jedenfalls sind die 1,5 %, die im Verwaltungsbereich eingespart werden, nichts, aber auch gar nichts, was den opera-

tiven Teil der Polizei tangiert. Wir sprechen an dieser Stelle über Themen wie ZPD und Ähnliches. Nur dort sprechen wir von entsprechenden Kürzungen im Verwaltungsbereich, aber nicht im operativen Bereich.

Unsere Aufgabe ist es, durch die jetzige Reform gerade für den operativen Bereich so viele Kräfte zur Verfügung zu stellen, dass wir die Sicherheit in diesem Land weiterhin und möglichst noch besser gewährleisten können. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, Herr Minister Wolf hat die mit der Landesregierung vereinbarte Redezeit um sieben Minuten überzogen. Das ist jetzt das dritte Mal, dass so etwas im Rahmen dieser einen Plenarsitzung vorgekommen ist. Daher wäre ich grundsätzlich dankbar, wenn das künftig vielleicht etwas deutlicher angekündigt würde. Schließlich wurden die Redezeiten ja vorher vereinbart.

Jedenfalls können die übrigen Fraktionen die entsprechende Redezeit jetzt selbstverständlich auch noch in Anspruch nehmen. Sie müssen es aber nicht, will ich zu dieser späten Stunde gleich dazusagen. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Kraft, SPD-Fraktion, das Wort.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Nicht so angespannt, Frau Kraft! Nicht so verkrampt!)

Hannelore Kraft (SPD): Ich bin überhaupt nicht angespannt. Ich bin ganz ruhig. Ich weiß nicht, was Ihnen da an mir auffällt. Ich spreche Ihnen aber auch ab, dass Sie sich in mich hineinversetzen können.

Herr Innenminister, als Mülheimer Abgeordnete möchte ich jetzt gerne einmal zu Ihrem ... Ich kann es ja gar nicht Reformkonzept nennen; denn es ist überhaupt kein Konzept. Ein Konzept bedingt ja, dass man irgendeine Idee davon hat, was man als großes Ganzes will. Ich kann also gar nicht Reformkonzept sagen. Ich sage daher: zu Ihren Maßnahmen, über die hier diskutiert wird. Über diese Maßnahmen würde ich gerne einmal mit Ihnen reden, und zwar auch als Mülheimer Abgeordnete – vielleicht beispielhaft für Leverkusen – unter dem Aspekt, was denn jetzt da passiert ist.

Ich schicke voraus: Nach dem Gutachten der Scheu-Kommission habe ich mich politisch auf die Seite gestellt, die sagt, es macht Sinn, Mülheim und Essen in bestimmten Bereichen zusammenzulegen. Ich habe es geschafft, die Stimmungsla-

ge vor Ort dadurch positiv zu beeinflussen, dass der damalige Innenminister Behrens unverzüglich nach Vorlage des Gutachtens der Scheu-Kommission nach Mülheim gekommen ist und dort den Beamtinnen und Beamten Rede und Antwort gestanden und deutlich gemacht und die klare Zusage gegeben hat, dass Mülheim den Status einer Direktion behält, was beinhaltet, dass sichergestellt wäre, dass die Mülheimer Interessen dort auch auf Dauer gewahrt werden können.

Wir waren mitten im Wahlkampf, und unser ehemaliger Abgeordneterkollege und mein Gegenkandidat Herr Schlebusch – dem einen oder anderen noch bekannt – hat sich weit aus dem Fenster gelegt und versucht, damit Stimmen zu holen. Frau Steffens ist auch bei uns im Wahlkreis. Wir haben schöne Podiumsdiskussionen gehabt. Herr Schlebusch hat gesagt – daran darf ich die CDU-Kolleginnen und -Kollegen erinnern –, die CDU würde dem nie zustimmen. Es bleibt alles so wie es ist.

Ich habe ihm damals schon gesagt: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Solltet ihr gewinnen, wird es auch zu entsprechenden Maßnahmen kommen.

Wie sieht die Situation jetzt aus? Es gibt keinen Direktionsstatus. Den kann es auch nicht geben, weil der ja nur bei Scheu vorgesehen war. Das ist auch alles in Ordnung.

Für mich ist aber erkennbar, dass Mülheim nach Essen einverleibt wird. Ich will es wirklich einmal so krass ausdrücken. Das Gleiche trifft auf Leverkusen und andere zu.

Das Wichtige für mich – das, was für mich der politische Skandal ist, Herr Innenminister – besteht darin, dass es zufällig Mülheim trifft. Es trifft nämlich zufällig Mülheim, weil unsere Polizeipräsidentin in diesem Jahr in Pension gegangen wäre. Deren Amtszeit ist jetzt noch einmal verlängert worden.

(Hendrik Wüst [CDU]: Wollen Sie sich bewerben?)

– Nein, das möchte ich gar nicht werden.

Dies ist zufällig eingetreten. Das hat weder Sinn und Verstand noch hat es ein Konzept gegeben. Nein, da wird jetzt eine Stelle frei. Dann vollzieht man das an dieser Stelle. Das ist kein Strukturkonzept, sondern das sind Strukturveränderungen nach dem Zufallsprinzip. Das ist das, was ich bei diesem Thema an den Pranger stelle.

(Beifall von der SPD)

Dann gab es auch keine Informationen weder der Oberbürgermeisterin noch der noch amtierenden Polizeipräsidentin. Da gab es jetzt ein Gespräch. In dem Gespräch wurde ihr dann mitgeteilt – so ist meine Informationslage –, dass man über die Details besser jetzt noch nicht rede, sondern erst einmal das Parlament entscheiden lasse. Das heißt, wir entscheiden hier aus Mülheimer Sicht über die Katze im Sack.

Ich fordere Sie auf, Herr Innenminister: Legen Sie hier dar, wie denn ein solches Konzept aussehen wird! Ich sage das noch einmal deutlich: Ich bin überhaupt nicht dagegen. Ich will nur wissen: Welche Kompetenzen bleiben denn in Mülheim? Wie viele Leute gehen denn nach Essen? Bleiben die Wachen alle erhalten? Bleiben genauso viele Polizisten bei mir auf der Straße? Wir haben ein sehr hohes Sicherheitsniveau. Wir haben die besten Kennzahlen im ganzen Land, wenn ich richtig informiert bin. Ich möchte gern, dass das so bleibt. Wie wird das sichergestellt, wenn wir sozusagen von Essen einverleibt werden?

Ich unterstelle da niemandem irgendetwas. Ich bin nur der Auffassung, wenn wir hier als Abgeordnete eine Entscheidung treffen, dann müssen diese Fakten vorher auf dem Tisch liegen. Dann muss klar sein in einem Organigramm, was verlagert wird und was nicht. Das ist meine Aufforderung an Sie.

(Beifall von der SPD)

So, wie Sie hier Innenpolitik betreiben, ist das ein Sicherheitsrisiko und führt zu einer Verunsicherung der Menschen vor Ort und auch der Beamtinnen und Beamten bei uns in der Polizei. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Der Abgeordnete Lohn hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Werner Lohn (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Anfang die Bemerkung: Ich möchte, wenn es eben geht, von meinem Zeitanpruch nicht vollständig Gebrauch machen.

Frau Düker, Sie haben eben voller Inbrunst betont, dass die alte Regierung große Reformleistungen vorzuweisen habe.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie hat sie eingeleitet!)

– Eingeleitet? Ja, das hört sich schon ganz anders an. Einleiten kann man viel.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie haben es gestoppt!)

Aber die Ergebnisse zählen. Sie haben es innerhalb von zehn Jahren nicht geschafft, ein Ergebnis zur äußeren Behördenstruktur zu präsentieren. Sie haben damit auch nicht einen Ansatz gewählt, ein Problem zu lösen. Das müssen Sie hier beurteilen.

Sie maßen sich heute an, der neuen Regierung vorzuschreiben, was gemacht werden soll und was nicht gemacht werden soll. Zehn Jahre nichts zu tun und dann eine große Klappe zu haben, das geht nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann wird davon gesprochen, dass hier eine Organisationsreform nach Gelegenheit gemacht werden soll.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

– Sie sagen, ja. Ich sage: Wenn man Gelegenheiten nicht nutzt, hat man die richtige Zeit verpennt, und Sie haben die Zeit verpennt. Das ist eindeutig so.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Ich verstehe Sie nicht, Frau Kraft. Sie müssen langsamer und lauter sprechen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Kraft?

Werner Lohn (CDU): Sie hat sich gerade schon so verausgabt. Sie kann gleich am Ende meiner Rede noch eine Frage stellen.

(Zurufe von der SPD)

Um zum Sachlichen zurückzukommen: Wir haben bei der Polizei einen eklatanten Personalmangel. Dieser Personalmangel kann nicht durch Neueinstellungen beseitigt werden, weil uns das Geld fehlt. Der Personalmangel kann nur behoben werden, indem wir Stellen freischaufeln, die bisher in Bereichen verwandt werden, die dem nicht operativen Teil zugerechnet werden.

Wenn sich die Gelegenheit ergibt, innerhalb von einem Jahr – die Wirksamkeit kommt ja erst zum 1. Januar 2007 – 145 Stellen freizuschaufeln und diese Beamtinnen und Beamten im operativen Dienst bürgernah einzusetzen, dann rechnen Sie das einmal nach: Bei einer Einstellungsquote von

480 Beamten und Beamtinnen pro Jahr schaffen wir jetzt 145 zusätzliche freie Stellen. Das kommt einer Erhöhung des Einstellungsniveaus um ca. 30 % gleich.

(Zuruf von Dr. Karsten Rudolph [SPD])

– Wir müssen uns nicht um 2 % streiten, Herr Rudolph. Ob das Funktionen oder Stellen sind, das mag vielleicht einen Unterschied von 20 Stellen ausmachen.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist ein marginaler Unterschied!)

Auf jeden Fall haben wir eine Erhöhung von annähernd 30 %, wenn wir das mit den Einstellungszahlen vergleichen. Das ist der einzige Weg, wie wir aus der Personalmisere bei der Polizei, die wir von Ihnen geerbt haben, herauskommen können. Wenn wir dann Gelegenheiten verstreichen lassen, die sich ergeben, wäre das unverantwortlich.

Ich kann Ihnen nur mit auf den Weg geben: Erinnern Sie sich an das, was Sie bei der Bewertung der Vorschläge der Scheu-Kommission gesagt haben. Dann müssten Sie zu dem Ergebnis kommen, dass vieles von dem, was das Innenministerium jetzt vorgeschlagen hat, mit Ihnen in vielen Bereichen auf einer Wellenlänge liegt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar vom Abgeordneten Rudolph.

Werner Lohn (CDU): Der kann sich gleich noch einmal zu Wort melden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Heißt das jetzt ja oder nein?

Werner Lohn (CDU): Jetzt nein. – Wenn Sie sich daran erinnern, was Sie vor einem Jahr gesagt haben, dann müssten Sie feststellen, dass es eine ganze Menge an Schnittmengen gibt zwischen dem, was die SPD vertreten hat, was die FDP vertreten hat und was heute das Ministerium vertritt. Da macht es doch gar keinen Sinn, jetzt hier einen Kampf zu inszenieren, nur um als Opposition hier Randle zu machen und Widersprüche aufzuzeigen, obwohl es eigentlich bei Ihnen und bei der Regierung gar keine gibt.

Wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen auf Aussagen geeinigt, die wir heute durchziehen werden. Das gehört zu verantwortlicher Regierungsarbeit. Wir verhalten uns nicht so wie Sie.

Ich fordere Sie auf: Gestalten Sie den Prozess aktiv und vor allen Dingen zielorientiert mit und nutzen Sie mit uns gemeinsam die Gelegenheiten, die sich bieten. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Replik, Herr Lohn, zu den Reformen, die wir angeblich nicht auf die Reihe bekommen haben.

Für uns heißt Reform nicht schnell, sondern gut. Sie wissen genau, dass, wenn man solch eine umfassende Reform für das Land vorbereitet, es auch Ziel sein muss, möglichst viele – nicht alle, das wird man nie schaffen – mitzunehmen. Wir wollten diese Reform über die Kommissionsarbeit auf solide Füße stellen. Ehemalige Oberkreisdirektoren und auch Vertreter des ländlichen Raums waren daran beteiligt, damit wir möglichst viele Menschen in diesem Land mitnehmen.

Sie wissen genau, dass die Grundbeschlüsse, die wir gefasst haben, hatten in diesem Landtag eine große Mehrheit. Die Beschlüsse waren gefasst, wir hatten eine breite Basis und es sind keine Demonstranten auf die Straße gegangen und haben gegen diese Beschlüsse demonstriert. Das erreichen Sie jetzt mit Ihrer Hauruck-Nummer, die Sie den Leuten vor den Latz knallen.

Herr Minister, Sie sagen: Mehr Effizienz durch Reform. Und: Es ist kein Selbstzweck. Richtig. Aber warum nehmen Sie sich ausgerechnet die effizientesten Strukturen in der Polizei vor, wie zum Beispiel die Autobahnpolizei, die einen extrem niedrigen Overhead-Bereich hat.

Oder warum die Leitstellendiskussion? Wir wissen nach den Berechnungen aus dem Scheu-Gutachten, dass enorme Effizienzpotenziale in der Zusammenlegung von Leitstellen liegen. Aber doch nur bei den Leitstellen, wo tatsächlich das Einsatzaufkommen relativ niedrig ist. Sehen wir uns das einmal am Beispiel Köln an: Köln liegt mit 15 Einsätzen pro Stunde pro Einsatzbearbeiter an der Spitze in NRW. Was die Autobahnpolizei angeht, liegt die Bezirksregierung Köln mit neun Einsätzen pro Stunde pro Bearbeiter relativ hoch. Was passiert, wenn Sie die zusammenlegen? Wo ist die Synergie? Die Synergieeffekte bei der Leitstellenzusammenlegung – das wissen wir alle – liegen im ländlichen Raum. Das heißt, die Effizienzpotenziale, die vorhanden sind, wie wir wis-

sen, erbringen Sie nicht, weil ganz klar politisches Kalkül im Hintergrund steht. So weit zu Ihrer Effizienzsteigerung.

Sie haben gesagt – das fand ich interessant –: Was wir hier machen, ist ein Einstieg. Gut, das ist jetzt noch nicht alles. Der Koalitionsvertrag bindet uns ein bisschen.

Herr Minister, Sie haben uns mit im Boot, wenn Sie sagen, wie es ausgeht. Sagen Sie doch, wie es weitergeht. Wenn das der Einstieg ist, sagen Sie dem Parlament doch, welches die nächsten Schritte sind. Wenn Sie sagen, die nächsten Schritte sind der ländliche Raum und die Strukturen – Herr Engel, Sie haben es angesprochen –, dann legen Sie dem Parlament doch dar, was Sie als nächstes vorhaben. In dem Moment, in dem Sie sagen, wie es weitergeht, sage ich Ihnen meine konstruktive Mitarbeit zu. Das aber verschweigen Sie.

Herr Lohn, wenn der Minister sagt, als nächstes kämen die Landratsbehörden dran, dann würde ich mir dazu gerne Ihren Kommentar anhören.

Zu den Einsparungen. Sie haben gesagt: 1,5 % Einsparungen nur im Verwaltungsbereich, und alles andere war Rot-Grün. Herr Minister, die Polizisten sind nicht gegen Sie auf die Straße gegangen wegen 1,5 % im Verwaltungsbereich, was im Übrigen das Gegenteil von mehr fahnden statt verwalten ist, denn diese Verwaltungsarbeit muss von irgendjemandem gemacht werden. Es fallen nicht die Aufgaben, sondern die Stellen weg.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann haben Sie nachher auf den Verwaltungsstellen wieder den Polizisten sitzen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie angekündigt haben.

Die Polizisten, mit denen wir gesprochen haben, sind nicht wegen der 1,5 % auf die Straße gegangen; sie sind deswegen auf die Straße gegangen, weil sie Ihnen nicht Einsparungen im Wahlkampf versprochen haben, sondern Sie haben ihnen versprochen: Wenn wir an die Regierung kommen, verdoppeln wir den Einstellungskorridor von 500 auf 1.000. Genau dieses Wahlversprechen haben Sie gebrochen. Im Gegenteil: Sie setzen noch eins drauf und kürzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen sind die Polizisten sauer und gehen auf die Straße, nicht wegen der 1,5 %, die im Übrigen von vorne bis hinten das Gegenteil davon sind, was Sie angekündigt haben.

Nach wie vor komme ich bei der Diskussion zu dem Ergebnis, dass diese Verwaltungsreform, die von Ihnen für die Polizei vorgelegt worden ist, mehr schadet als nützt. Legen Sie ein Gesamtkonzept vor, sagen Sie, wie es weitergeht – es mag durchaus über einen längeren Zeitraum sein –, dann können wir vernünftig miteinander diskutieren. Mit diesen Maßnahmen werden Sie uns jedenfalls nicht auf Ihrer Seite haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Landesregierung hat noch einmal Minister Wolf ums Wort gebeten.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, Frau Kollegin Kraft, dass die Ausführungen einer solchen Reform im Einzelnen natürlich einige Fragen aufwerfen, deren Beantwortung wir in Gesprächen jedoch schon durchaus vorbereitet haben.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle zu, dass wir uns bei den vorbereitenden Gesprächen ... Sie wissen, dass wir mit den Berufsvertretungen gesprochen haben. Wir wollen in den entsprechenden zu integrierenden Behörden sicherstellen, dass die Polizeipräsenz vor Ort erhalten bleibt. Das ist völlig klar. Es besteht dazu gar kein Dissens.

Das, was Sie früher selbst wollten, nämlich, dass bei Zusammenfassung unter einem Dach die Polizeipräsenz für den betroffenen Bereich trotzdem erhalten bleibt, ist genau unser Ziel. Sie können sicher sein, dass Sie mich da auf Ihrer Seite haben.

Natürlich muss es regionale Ansprechpartner geben. Das ist völlig klar. Natürlich wird es weiterhin – das ist wichtig – für die Bürgerinnen und Bürger Polizeifahrzeuge geben, die den Mülheimer Beritt bestreifen. Es wird natürlich dort den Wach- und Wechseldienst geben. Das ist völlig klar. Es wird dort weiterhin Ermittlungsbeamte geben.

Ich habe mir immer alles sehr gut mitgeschrieben, was Sie als Aktenstudium bezeichnen, damit ich Ihnen antworten kann. Gehen Sie davon aus, dass Sie in dem Bereich eine Reform bekommen, die zu Vorteilen führt, die keine Nachteile bringen wird.

Genauso haben Sie es sich vorgestellt, als Sie einmal über eine Reform nachgedacht haben, bei der ja im Ergebnis, nämlich bei den Veränderungen in der Führungsstruktur, genau das Gleiche passiert wäre. Wir reden über eine andere Anbin-

dung. Das ist der entscheidende Punkt, den wir vorhaben.

Frau Düker, Sie haben über effiziente Strukturen gesprochen. – Natürlich ist das Ganze – das habe ich auch beschrieben – nicht auf das zu verengen, was wir zu einem Zeitpunkt X abstimmen sollen. Natürlich ist die Frage der Zusammenarbeit von Leitstellen wichtig. Das habe ich gesagt. Es gehen weitere Aufträge an die Behördenleiter, sich dort gemeinsam besser und deutlicher aufzustellen.

Eines allerdings war, glaube ich, nun auch schon wieder ein bisschen rabulistisch: Den Einstieg, den ich vorhin gemeint habe, der zum Beispiel auch die Frage der weiteren Regelung bezüglich der Dezernate 25 und 26 bei den Bezirksregierungen betrifft, mit der Vorgabe unseres Koalitionsvertrages zu verwechseln und damit eine Diskussion zwischen Herrn Lohn und mir zu befördern, das wird Ihnen nicht gelingen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das wäre doch mal interessant!)

Das ist nicht das Ziel. Wir stehen an dieser Stelle zum Koalitionsvertrag und werden das möglich machen, was an Effizienzreserven auf dieser Basis zu heben ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun hat sich noch einmal Herr Abgeordneter Jäger, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Ralf Jäger^{*} (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Präsident, wenn ich es richtig gerechnet habe, müsste ich noch weitere neun Minuten zur Verfügung haben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ich habe aber eben schon gesagt, Herr Abgeordneter: Sie müssen Sie nicht ausschöpfen, Sie können.

Ralf Jäger^{*)} (SPD): Ja, danke Herr Präsident. Ich denke darüber noch einmal nach.

Herr Wolf, Sie haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes eingebracht, den Sie überschrieben haben mit: Wir wollen mehr fahren statt verwalten und mehr operative Kräfte auf die Straße. Es soll ein Beitrag zu mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen sein. Und das sei die Reform der Polizeiorganisation in Nordrhein-Westfalen.

Durch einige meiner Vorredner ist heute hier klar geworden: Das, was Sie vorlegen, als Reform zu

bezeichnen, ist, diplomatisch formuliert, schon ein wenig übertrieben, Herr Wolf. Ich würde sogar sagen, das ist nicht einmal ein Reförmchen. Das sind einige wenige Maßnahmen, die eher einer operativen Hektik entspringen, als dass sie einem Konzept und einem Ziel entsprechen.

Dass Sie, Herr Wolf, inzwischen neun Minuten mehr als ursprünglich an Zeit vereinbart benötigt haben, um uns die wenigen Punkte hier im Parlament zu erklären, zeigt nur, wie sehr Sie persönlich, wie sehr Ihre Partei die Frage beschäftigt: Wie gehen wir mit der veränderten Kriminalität und mit der Organisationsstruktur der Polizei in Nordrhein-Westfalen überhaupt um? Sie müssen sich winden, um uns hier zu erläutern, dass Sie tatsächlich nur so wenige Maßnahmen in Angriff nehmen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Was ist seit dem 22. Mai in diesem Lande mit der Polizei passiert? – Das Erste, was Sie in einer Situation, wo es darum geht, Kräfte zu bündeln, um die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, gemacht haben, ist, zwei Reiterstaffeln einzuführen unter dem Motto: Weniger verwalten, mehr fahren. – Da werden sich wohl jetzt die Pferde beim „Fahren“ beteiligen dürfen! Das ist eine Maßnahme, die allenfalls repräsentativen, aber keinen polizeitaktischen Charakter hat.

Sie gehen hin und verunsichern den ganzen Polizeiapparat hochgradig, indem Sie nämlich erstens sagen: Liebe Polizeibeamte, Rot-Grün ist ganz böse mit euch umgegangen. Und wenn wir kommen, dann werden wir die Hand über euch halten. Diese Polizei wird unangetastet bleiben.

Zweitens erklären Sie – das haben wir ja bei den Demonstrationen gehört, und das macht die Beamtinnen und Beamten auch zu Recht so wütend –: Wir kürzen auch hier 1,5 % der Stellen. – Das wird sich natürlich auf die Präsenz der Polizisten und Polizistinnen auswirken, die vor Ort Wach- und Wechseldienst haben und zusätzlich mit den Verwaltungsaufgaben belastet werden, die Sie im Overheadbereich abbauen werden.

Was tun Sie weiterhin? – Sie organisieren hoch spezialisierte Behörden wie die Wasserschutzpolizei und die Autobahnpolizei so um, dass sie einer allgemeinen Polizeidirektion zugeordnet werden, und erklären, da gäbe es Synergieeffekte. Diese beziffern Sie mit einer gewissen Zahl, aber fügen hinzu, erläutern wie sie sich zusammensetzt, könnten Sie leider nicht. Es sind Synergien, deren Eintreten im Übrigen hochgradig zu bezweifeln ist.

Sie schließen Polizeipräsidien nach dem Motto: Der nächst Ältere ist dran, wobei Sie dann natürlich etwas tun, wofür ich Sie eigentlich schon fast ein wenig bewundere, Herr Wolf, denn Ihre Koalitionskollegen von der CDU erkennen nicht, welches Spiel dahinter steckt. Sie schließen Polizeipräsidien da, wo der Präsident in Ruhestand geht und vergrößern die Polizeidirektionen damit auf ein Maß, das es für Ihre CDU-Kollegen von Mal zu Mal sehr viel schwieriger macht zu begründen, warum denn die Landräte mit ihren kleinen Polizeidirektionen mit vielleicht 800 Mitarbeitern sakrosankt bleiben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Taktik, Herr Wolf, muss ich sagen, ist wirklich gut. Bedauerlicherweise haben Ihre Koalitionskollegen sie offensichtlich noch nicht durchschaut.

Aber klar ist auch eines: So, wie Sie vorgehen, nämlich das Ganze nicht wirklich unter Effizienzgesichtspunkten zu betrachten, sondern eher darauf hin, wie man das, was in einem Koalitionsvertrag missraten hineinformuliert ist, parteitaktisch im Rahmen von einzelnen Maßnahmen gegen sich sperrende, störrische CDU-Abgeordnete durchzusetzen kann, gerät das eigentliche Ziel, das wir alle gemeinsam wollen, nämlich eine effiziente Polizei, zu einem Spiel mit der Sicherheit der Menschen in diesem Land. Dadurch wird die Polizei nicht besser, sondern eher schlechter.

Warum wir das machen müssen – da möchte ich Herrn Engel entgegen – und warum wir jetzt eine andere Polizeiorganisation brauchen als in den 90er-Jahren, liegt darin begründet, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten auf die Herausforderungen geben muss. Die Kriminalität des Jahres 2006 ist eine andere als die des Jahres 1990. Die allgemeine Straßenkriminalität, Einbrüche, all dies, was früher für Kriminalität prägend war, ist zurückgegangen. Neue Formen wie Internetbetrug und Ähnliches sind entstanden.

Das erfordert Antworten, die Sie nicht geben können. Von Reform kann nicht die Rede sein. Es ist ein Reförmchen, wenn überhaupt, nach dem Zufallsprinzip. Es ist ohne Struktur, ohne Ziel, es ist völlig konfus. Und ich fürchte, meine Damen und Herren, mit dem Spielchen, das Sie hier treiben, werden Sie letztlich als schwarz-gelbe Landesregierung zum Sicherheitsrisiko in diesem Land.

Also, meine Aufforderung ist: Nehmen Sie dieses Papier, das Sie einen Gesetzentwurf und eine Reform nennen, zurück! Das, was an Lösungen not-

wendig ist, liegt offen auf der Hand. Machen Sie Ihre Hausaufgaben! – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir zum Schluss der Beratung kommen.

Ich lasse abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/929** an den **Innenausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist die Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Wir kommen zu:

9 Kleinstaaterie beim Flughafen ausbau in NRW stoppen – Subventionslöcher schließen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1029

Entgegen den Ausweisungen im Neudruck der Tagesordnung ist mit allen Fraktionen vereinbart worden, diesen Tagesordnungspunkt heute ohne Debatte zu behandeln. Somit ist auch keine Beratung hier im Plenum vorgesehen.

Wir können deshalb sofort zur Abstimmung über die vom Ältestenrat empfohlene **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1029** an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** – federführend –, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** kommen. Die Beratung im Plenum soll dann nach Vorlage einer Beschlussempfehlung durch den federführenden Ausschuss erfolgen. Wer möchte dieser Überweisung zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist die Überweisungsempfehlung einvernehmlich angenommen.

Ich rufe auf:

10 Erfolgsmodell „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“ fortsetzen und weiterentwickeln!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1027

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Beratung und bitte den Kollegen Priggen, für die

antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort zu nehmen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin, das will ich gerne tun! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt seit dem 7. Dezember 2005 ein Bericht der Europäischen Kommission, auf den viele gespannt gewartet haben, vor. Das ist der Bericht „Kommission 2005 Nr. 627. Zum Gegenstand hat er die Umsetzung der EU-Richtlinie 2001/77 EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Elektrizitätsbinnenmarkt.

Auf diesen Bericht haben wir mit Spannung gewartet, weil es in Europa zwei unterschiedliche Fördersysteme gibt: das in Deutschland angewandte System nach dem Einspeiseprinzip und das in anderen Ländern gängige System nach Quoten.

Die Kommission hat zu unserer Freude festgestellt, dass das in der Bundesrepublik Deutschland genutzte System gegenüber dem Quotensystem das deutlich bessere und kostengünstigere ist.

Mittlerweile haben 16 der 26 europäischen Länder das Einspeiseprinzip übernommen, darunter Portugal, Spanien, Frankreich, Tschechien, Österreich, Slowakei, Ungarn, die baltischen Staaten und Dänemark, während Großbritannien, Italien und Schweden eher nach dem Quotensystem verfahren. Es freut uns, dass unser System nach und nach, ausgehend von der Bundesrepublik Deutschland, übernommen wurde.

Und es freut uns auch, dass das gesetzestech-nisch darin angelegte Prinzip Druck erzeugt, technische Fortschritte zu erzielen. Denn die Einspeisevergütung zu festen Sätzen unterliegt jährlichen Degressionen. Ich möchte noch einmal betonen: Für den Bereich der Photovoltaik gilt eine jährliche Absenkung von 5 %. Das heißt, dass Firmen, die diese Technik anbieten, in drei oder vier Jahren 15 beziehungsweise 20 % günstiger sein müssen. Das macht das System innovationsfreudiger und dynamischer im Vergleich zum Quotenmodell

Die Europäische Union hat beide Modelle nebeneinander ausprobieren lassen und kommt jetzt in diesem Bericht zu doch sehr eindeutigen Ergebnissen. Das ist für uns erfreulich, weil die Bundesrepublik Deutschland Initiator des Modells gewesen ist. Natürlich haben wir in einer gewissen Auseinandersetzung besonders mit den großen Stromerzeugern gestanden, die das Quotenmodell bevorzugt hätten, weil es ihnen bessere